

Schweizer Demokrat

Zeitung für eine freie und unabhängige Schweiz, vormals «Volk + Heimat», 50. Jahrgang

AZB 3001 Bern / Postcode 1

Werbepreis Fr. 3.– / Jahresabo Fr. 45.–

Nr. 7/8 2015

Démocrate  Suisse
Page 7

Na so was, die Schlacht am Morgarten...



Rudolf Keller,
e. Nationalrat,
Frenkendorf

...hat doch stattgefunden. Dies war kürzlich dem Titelblatt einer grossen Boulevardzeitung zu entnehmen. Dabei ist es für uns alle doch längst klar und bewiesen, ja es war nie bestritten, dass die alten Eidgenossen diese Schlacht gegen die Habsburger auch wirklich geschlagen und gewonnen haben. Dennoch wurden Internationalisten, «lahme Enten», politische Anpasser und Duckmäuser nicht müde, zu behaupten, dass es diese Schlacht nie gegeben hätte. Und nun findet man diese Ausgrabungen vor Ort, die wohl alles beweisen. Abgesehen davon, dass es seit Jahrhunderten unzählige

POSTCODE

AZB 3001 Bern

Quellen gibt, die das bestätigen! Doch heutzutage wird vieles bestritten und abgelehnt, was identitätsstiftend für unser Land ist. Da denke ich an das Buch in meinem Bücherregal. Es heisst «Und es gab Tell doch» – geschrieben von Arnold Claudio Schärer. Es ist so etwas wie ein Leitfaden, ein Fundament, für die Geschichte unseres Landes

vom Jahr 1200 bis etwa 1400 nach Christus. Und damit ist dies auch das Fundament für unsere Neuzeit. **Denn ohne Wurzeln lässt es sich nicht gut leben!** Wir haben heute Wissenschaftler, Künstler, Medienleute, Wirtschaftsvertreter und Politiker, die uns das alles wegnehmen wollen, indem sie es abstreiten, leugnen und in den Dreck ziehen. **So kann man uns gefügiger und zugänglicher für die sogenannten Segnungen der heutigen Zeit machen und damit lässt sich das Volk auch leichter beeinflussen und lenken.** Das geht bis hin zu den kommenden eidgenössischen Wahlen.

Wer seine Wurzeln kennt, ist eher bereit, zum Wohl und Fortbestand unseres Landes an den Wahlen teilzunehmen!

Damit sind wir also in der Gegenwart angekommen. Momentan werden wir von allen Seiten bedroht in unserem Verständnis für unser Land und im Gefühl, wie wir unser Land wahrnehmen wollen. Doch Gefühle darf man für sein Land ja möglichst nicht mehr haben. Das dürfen wir uns aber nicht gefallen lassen. Deshalb müssen wir bei den eidgenössischen Wahlen an die Urne gehen, und zwar im Sinne, dass es die Schlacht bei Morgarten gab, dass Wilhelm Tell wirklich existierte, dass wir beispielsweise General Henri Guisan sehr viel zu verdanken haben in Bezug darauf, wie wir heute leben und – dass es unsere Landesgeschichte gibt! Die ist unverrückbar!

Von Schwächlingen bedroht

Landläufig sagt man, dass jedes Land eine Armee hat, entweder eine eigene oder eine fremde. Wir



Fahnenaufzug auf dem Rütli – das Rütli ist für die SD Sinnbild und nicht einfach «nur eine Kuhwiese».

Die Schweizer Demokraten (SD) des Kantons St. Gallen laden Sie ein zur diesjährigen traditionellen



1.-August-Feier

in Abtwil (im Säntispark)



**Wir freuen uns auf Ihre Anmeldung
(sämtliche Informationen auf Seite 5).**

haben weltweit Anschauungsunterricht: In der Ukraine, auf der Halbinsel Krim, im ganzen Nahen Osten, in Bolivien, auch an Chinas Grenzen usw. finden überall Kriege, Besetzungen und Übergriffe statt. **Bedroht sind immer die kleinen Staaten. Aggressionen gehen oft von den Grossmächten aus, beispielsweise von Russland, China oder Amerika.**

Genauso können hierbei bestimmte Weltreligionen wie etwa der aggressive Islam (Stichwort «Islamischer Staat») erwähnt werden. Vor diesem Hintergrund haben unsere Bürgerlichen in Bern doch tatsächlich vorgeschlagen, den Bestand an Soldaten unserer Armee

Fortsetzung Seite 2

Unterstützen auch Sie die Schweizer Demokraten (SD)! Für den Schutz der schweizerischen Identität, für den Erhalt der natürlichen Lebensräume und gegen den globalen Wachstumswahn.

Na so was, die Schlacht am Morgarten...

Fortsetzung von Seite 1

weiter zu senken. Sie wollen die Armee aus Spargründen verkleinern bis hin zur Unkenntlichkeit, ja bis hin zur Unfähigkeit, unser Land verteidigen zu können. Da war es für einmal ein Segen, dass die Links-Grünen zusammen mit der SVP Nein gesagt haben. Eine Abrüstung der Armee zum jetzigen Zeitpunkt wäre auch für die Schweizer Demokraten (SD) wohl der grösste politische Fehler, den man begehen könnte. **Die Kriege sind heutzutage alle sehr nahe und sie können jederzeit auf andere Regionen überschwappen.** Zudem sollte man den Terror im Auge behalten und entsprechend bekämpfen.



SD für eine starke Armee!

Die Schweizer Demokraten (SD) stehen für eine starke Armee ein, und zwar ohne Nato und dergleichen! Darum sollte man überall dort, wo es bei den Nationalratswahlen unsere Wahllisten gibt, diese auch berücksichtigen, sodass die politische Grundhaltung der SD gestärkt wird!

Denn es gilt, die Zukunft unseres Landes abzusichern, militärisch, politisch und natürlich auch wirtschaftlich. Das können wir nur erreichen, **wenn wir gegenüber allen Blöcken möglichst unabhängig und neutral bleiben. Zum Beispiel sollte man auf Nato-Manöver mit unseren Flugzeugen irgendwo in Schweden verzichten, wo wir dann Gefahr laufen, von den Russen als Teil der Nato oder der EU angesehen zu werden.** Wir sind über Jahrhunderte gut gefahren, indem wir uns von all diesen Machtblöcken ferngehalten haben. Und das soll auch so bleiben.

Einwanderung nach Europa und in die Schweiz

Einwanderung und Übervölkerung sind das Grundübel unserer heutigen Gesellschaft! Dieses besteht auf der ganzen Welt, also auch bei uns. Vor drei Jahrzehnten lächelten wir noch über Prognostiker, die uns eine 10-Millionen-Einwohner-Schweiz prophezeit haben. Leider müssen wir das heute als durchaus mögliche Entwicklung der nächsten Jahre sehen. **Die Mehrheit der Stimmenden hat sich jedoch dagegen aufgelehnt. Mit Recht haben sie der Masseneinwanderungsinitiative zugestimmt.** Doch was macht die Mehrheit der Politiker in Bern daraus? Abgesehen davon, dass es schäbig ist und nicht von demokratischer Grösse zeugt, einen Volksentscheid zu missachten, machen die politi-

schen Vertreter einfach weiter, als ob nichts geschehen wäre. Dabei sollten sie doch mitbekommen haben, was im Ausland derzeit alles vor sich geht. **In den meisten europäischen Ländern beginnt das Volk gegen die Masseneinwanderung zu protestieren.**

Die Leute in Europa wollen sich ihre kulturellen Grundlagen nicht durch die Einwanderung kaputt machen lassen. Sie wollen wie wir Schweizer Demokraten kein Multi-Kulti!

Die Regierenden sollten sich an den Wahlen im Ausland ein Beispiel nehmen: Der «Front National» wurde bei den Europawahlen in Frankreich stärkste Partei – warum wohl? Die Dänische Volkspartei wurde vor Kurzem stärkste Partei in Dänemark – warum wohl? Die Freiheitlichen werden in Österreich immer stärker – warum wohl? Die UKIP hat in England bereits die drittgrösste Stimmenkraft – warum wohl? **Ich prognostiziere,**



Jedem seinen Sitzplatz – eine Illusion wegen der Übervölkerung!?

dass es so weitergeht, bis solche Parteien in ihren Ländern die Mehrheit haben – auch in der Schweiz!

Wenn die Regierenden Europas und der Schweiz die Einwanderung nicht stoppen, wird über kurz oder lang ihr politisches System (und damit verbunden die EU) untergehen.

Grundsätzlich ist der Untergang der EU ja gut. Das wollen auch wir! **Denn wir steuern auf diese Weise wieder in Richtung Europa der Vaterländer zu.** Es fragt sich nur, wie schnell das alles geht. Wenn Politiker wie in der Schweiz den Volkswillen missachten, dauert das leider länger und inzwischen zerstört die Multikultur bereits weitere Teile des Fundaments unseres Landes. Deshalb ist es bei den bevorstehenden Wahlen wichtig, die SD zu stärken, wo immer möglich.

Unsere Lebensgrundlagen sind bedroht

Je mehr Menschen auf engem Raum leben, umso mehr werden die Lebensgrundlagen bedroht. Da hatten die Initianten der Ecopop-Initiative vollkommen Recht. Das steht auch in den Parteiprogrammen unserer Partei – seit 1961! Es wird stetig betoniert, neue Häuser und Strassen werden gebaut, Firmen aus dem Boden gestampft, mehr Autos fahren herum und das Gedränge in Bahn, Tram und Bus wird immer grösser und unerträglicher. Überall herrscht Wachstum.

Nach unseren Vorstellungen muss die Wirtschaft anders und langfristig organisiert werden. Die Basis unserer wirtschaftlichen Stärke sollen daher eigene gut ausgebildete einheimische Fachkräfte bilden.

Diese Strategie ist zwar etwas bescheidener. Weniger Wachstum,

dafür langfristig nachhaltiger. **Somit gehen auch weniger Grün- und Fruchtfolgeflächen verloren.** Das heutige, nicht auf Nachhaltigkeit sondern auf den kurzfristigen Gewinn ausgerichtete Wirtschaftssystem ist nur dank der massiven und überbordenden Einwanderung möglich. Und das ist kein Gewinn für unser Land.

Hiermit haben wir ein Phänomen, dessen sich unsere Wählerinnen und Wähler bewusst sein sollten. **Die SVP ist in diesen Fragen eine in sich gesplante Partei, denn sie tritt für mehr Wirtschaftswachstum ein. Mehr Wachstum ist aber nur mit noch mehr Einwanderung zu bewerkstelligen.** Dieser eklatante Widerspruch muss uns absolut bewusst sein.

Deshalb ist es unabdingbar, dass wir, wo immer es SD-Wahllisten gibt, diese auch unverändert in die Urnen legen. Und dort, wo die SD nicht antritt, kann man zwar SVP-Leute wählen, aber nicht ganze Listen. Man muss in solchen Situationen die nationalkonservativ denkenden Kreise innerhalb der SVP stärken, nicht aber die wirtschaftsliberalen Wachstumsfanatiker.

Wer unser Parteiprogramm liest, dem wird bewusst, dass wir längerfristig auf unsere eigene Stärke als Partei setzen müssen. Wir Schweizer Demokraten haben Zukunft, wenn wir zu kämpfen bereit sind und zusammenstehen. Und das lohnt sich alleweil.

Wir werden aber nicht in Franken bezahlt, sondern damit, wie gut es uns gelingt, unsere Lebensgrundlagen zu erhalten. Und das ist eigentlich eine sehr ehrenhafte Sache! Lang lebe die Schweiz – unsere Heimat! Und – da bin ich mir sicher, die SD haben Zukunft!

Asylpolitik überbordert immer mehr

Der ständig wachsende Flüchtlingsstrom aus Nordafrika und dem Nahen Osten löst bei den meisten Schweizern ein Unbehagen aus. Sogar die Schweizer Jugendlichen erachten die Einwanderung als das grösste Problem und sind auch gegen einen EU-Beitritt. Seit Anfang dieses Jahres kamen bereits über 114'000 Bootsflüchtlinge von Libyen über das Mittelmeer. Davon sind 70% reine Wirtschaftsflüchtlinge, die sich in Europa ein besseres Leben erhoffen. Für das gesamte 2015 schätzen die Experten 500'000 Bootsflüchtlinge. Das UNO-Flüchtlingswerk gab kürzlich bekannt, dass weltweit 60 Millionen Menschen auf der Flucht seien. Dies ist eine dramatische und schwierige Situation, wie sie zuletzt nach dem Zweiten Weltkrieg vorkam. **Europa steht vor einem unlösbaren Problem.** Gemäss dem Schengen-Dublin-Abkommen müssen die Asylsuchenden im ersten EU-Staat, in den sie eingereist sind, einen Asylantrag stellen. Dort sollen sie vorläufig aufgenommen und ordnungsgemäss registriert werden. Zudem speichert man ihre Fingerabdrücke in der elektronischen Datenbank «Eurodac» ein. Mit dieser Massnahme versucht die EU, das sogenannte «Asylshopping» zu verhindern. Flüchtlinge können an der Grenze zurückgewiesen werden, wenn sie aus einem sicheren Drittstaat kommen. **Die italienischen Grenzstellen sind aber angesichts solcher Menschenströme überfordert und lassen die Flüchtlinge einfach weiterziehen.**

Viele Migranten wollen sich in Italien nicht registrieren lassen und so schnell wie möglich weiter Richtung Norden reisen, da Italien für sie nur eine Durchgangsstation zu reichen Ländern wie Deutschland, Österreich, Schweden und die Schweiz ist.

In Italien platzen die Asylzentren aus allen Nähten, bereits warten 80'000 Migranten in überfüllten Unterkünften auf einen Asylentscheid. Die Italiener und die Griechen fühlen sich von der EU im Stich gelassen, da sie diesen Flüchtlingsstrom allein bewältigen müssen.

EU-Staaten wehren sich

Die EU-Kommission will vorerst 40'000 der in Italien und Griechenland gestrandeten Eritreer und Syrer nach einem Quotenschlüssel in

alle EU-Länder verteilen. Sie schlagen den einzelnen Ländern eine gewisse Quote vor, betonen aber, die angegebene Zahl sei freiwillig. **Bereits haben 12 der 28 EU-Staaten dagegen protestiert, unter anderem England, Frankreich, Ungarn, Polen, die Slowakei, Tschechien und die baltischen Staaten.** Der ungarische Ministerpräsident Viktor Orban plant einen vier Meter hohen Metallzaun entlang der 187 Kilometer langen Grenze zu Serbien, um die Migranten abzuhalten. Seine Erklärung lautet wie folgt: **«Jeder muss seine eigene Grenze verteidigen! In den nächsten Jahren werden sich Millionen auf den Weg machen, wenn sie glauben, sie hätten eine Chance.»**

Als Sofortmassnahme hat die Regierung die Rücknahme von Flüchtlingen gemäss dem Dublin III-Abkommen mit der Begründung «Das Boot ist voll!» ausser Kraft gesetzt und die Grenze geschlossen.

Ungarn hat bereits 60'000 Asylsuchende aufgenommen, die über die Balkanroute einreisen, letztes Jahr sogar 100'000 Menschen. **In Bratislava haben 6000 bis 8000 Bürgerinnen und Bürger unter dem Motto «Die Slowakei retten!» gegen Einwanderung und EU-Quoten demonstriert.** Die EU hatte vorgeschlagen, dass die Slowakei 471 Flüchtlinge aus Italien und 314 aus Griechenland aufnehmen sollte.

Finnland ist nur bereit, 750 Asylanten statt der vorgeschlagenen 1500 zu übernehmen. Seit die «Wahren Finnen» die drittgrösste Partei des Landes ist, wurde die Asylpolitik verschärft.

Polen hat sich bereit erklärt, nur 60 christliche syrische Familien aufzunehmen, später noch weitere, bis 150 Familien höchstens. Da die polnische Bevölkerung Vorbehalte gegen Muslime habe, beschloss die Regierung, nur christliche Asylsuchende in ihr Land einzulassen. Frankreich hat seit Mitte Juni seine Grenzen für Migranten geschlossen und der Flüchtlingsstrom staut sich nun in Italien.

Da auch Österreich keine weiteren Asylanträge bearbeiten will und die Grenze abgeriegelt hat, bleibt den Migranten nur noch ein Tor nach Nordeuropa offen, nämlich die Schweizer Südgrenze.



Täglich erreichen zahlreiche Boote die Küsten Südeuropas.

Situation in der Schweiz

Chiasso wird seit der Schliessung der italienischen Grenze von Migrantenströmen überflutet. Die Situation ist angespannt und es wird fieberhaft nach neuen Unterbringungsmöglichkeiten für den täglich wachsenden Zustrom von Migranten gesucht. Schon mussten zwei neue Zivilschutzzentren in Chiasso und eines in Losone geöffnet werden. **Die Tessiner Regierung hat den Bundesrat um eine vorläufige Schliessung der Grenze ersucht. Die Antwort aus Bern lautete wie folgt: «Nur einzelne kleine Grenzstationen dürften über Nacht geschlossen werden.»** Seit Anfang Jahr wies die Tessiner Grenzschutz bereits 1900 illegale Migranten nach Italien zurück. Mit der vorübergehenden Schliessung der Tessiner Grenze soll der Druck auf andere Staaten erhöht werden, auch einen Teil der Asylanten aufzunehmen. Einige junge Tessinerinnen aus dem Grenzdorf Astano haben eine Petition eingereicht, die fordert, dass die Grenze nach Italien über Nacht gesperrt werden sollte, **um die vermehrten nächtlichen Einbrüche in den Tessiner Grenzregionen zu verhindern.**

Für die Schweiz wurden für das Jahr 2015 rund 30'000 Asylanträge prognostiziert, doch schon jetzt ist abzusehen, dass die Zahlen noch viel höher werden.

Der Kommentar von Justizministerin Simonetta Sommaruga lautete wie folgt: **«Wir eröffnen zusätzliche Asylzentren und versichern der EU, noch mehr Asylsuchende aufzunehmen.»** Zudem machte sie folgende Aussage: **«Alle, die Schutz brauchen, sollen in unserem Land bleiben dürfen.»** Sie sieht keine Höchstgrenze für unsere Aufnahmekapazität. **Dass der Grossteil der Schweizer Bevölke-**

lung findet, dass wir schon zu viele Flüchtlinge haben, kümmert sie nicht. Es sollen noch mehr neue Asylzentren eröffnet werden! Die Kantone müssen immer mehr Gemeinden verpflichten, neue Unterbringungsmöglichkeiten für Asylanten zu schaffen, was immer schwieriger wird, da die Gemeinden sich vermehrt dagegen wehren.

Neustrukturierung des Asylwesens

Bundesrätin Simonetta Sommaruga will eine Asylreform durchführen, der Ständerat hat schon mit grosser Mehrheit zugestimmt. **Erstens sollen alle neu angekommenen Asylsuchenden in sechs regionalen Bundeszentren mit rund 5000 Betten untergebracht werden.** Die Asylverfahren sind zu beschleunigen, **innerhalb von 140 Tagen soll ein Entscheid gefällt werden.** Neu sollen kostenlose Rechtsvertretungen und Übersetzer an Ort und Stelle zur Verfügung stehen, damit ein gerechtes Verfahren garantiert ist. SVP und FDP sind gegen die kostenlosen Anwälte, da man ihrer Meinung nach eine Beschwerde flut, verlängerte Fristen und Mehrkosten befürchten muss. **Schon Ende 2014 stieg die Rekursquote auf 18%.** Die abgewiesenen Asylbewerber müssten die Schweiz sofort verlassen und wenn nötig ausgeschafft werden, sodass sie nicht einfach untertauchen können. **Für die Unterkünfte und Arbeitsplätze sind Investitionen von mindestens 548 Millionen Franken nötig, doppelt so viel wie ursprünglich angeben.** Zusätzlich sind zwei Ausschaffungsgefängnisse für abgewiesene renitente Asylbewerber geplant, eines in Stans, das andere in der Region von Härkingen und Oftringen. Die Kosten betragen 125 Millionen Franken für 250 Gefängnisplätze. Alle Kosten gehen

Unding von Volkswille

Viel Phantasie braucht es nicht, um herauszufinden, woher solch reaktionäre, fundamental demokratieverächtliche Propaganda-Suggestive stammen! In einer Ausgabe des Tages-Anzeigers brach Fabian Renz, Leiter Bundeshausredaktion (!), eine Lanze für die der Verhältnismässigkeit in der Bundesverfassung abzutrotzende Chance von Pädophilen, auf durch Verfassung und Gesetz ungebrochenen sexuellen Missbrauch von Kindern. Der endgültige Verlust des «Rechts» (in Anführungszeichen, weil es hier um eine angebliche Berechtigung geht, die an religiösen Opferwahn früherer Zeiten erinnert), eine berufliche oder ehrenamtliche Tätigkeit mit Minderjährigen auszuüben, vom Volk via direktdemokratische Abstimmung beschlossen, über eine aus entsprechenden Opfererfahrungen erforderlicher gewordenen Massnahme, wird vom Propagandaherold und Sommaruga-Akklamateur zum Guillotinen-Geist erklärt: «Endgültige Strafe – das Fallbeil fällt, irreversible Wirkung!» Da erforderte eigentlich die in der Verfassung verlangte Verhältnismässigkeit eine Frage, wenn nicht Studie, nach der mehr oder weniger irreversible Wirkung von pädophilen Handlungen an Kindern. Man will da verhältnismässig sein und den Kindern quasi eine therapeutische



Wie viele Kinder werden wohl noch missbraucht, bis die Pädophilen-Initiative umgesetzt ist?!

Verantwortung am glücklichen Trieberfolg von Pädophilen zumuten.

«Bundesrätin Sommaruga strapaziert mit ihrer Umsetzungsvorlage den Verfassungstext (und damit den Willen des Souveräns) aufs Äusserste» – gibt der Propagandaschreiber zu!

Die Sommaruga-Devise kann analytisch kurz zusammengefasst werden: **Es ist ja nicht so schlimm, wenn es nicht ganz schlimm ist. Kinder sollen lernen, etwas zu vertragen, und suspekt ist eigentlich**

nur die unberechenbare, direkte Demokratie, die nicht will, was die Eliten der Chaos-Evolution planen!

Perversion der Verhältnismässigkeit

Die Argumente von Bundesrätin Sommaruga leuchteten eben ein; die Initiative kollidierte mit Grundsätzen, die genauso Teil unserer Verfassung wären und gewiss nicht weniger wert sind (zum Beispiel freie Entfaltungsmöglichkeit für Pädophile und andere Minderheitenansprüche auf Kosten von Schwächeren, effizient kaschierbar hinter der Wehrlosigkeit der Op-

fer?!). «Das Parlament müsste Initiativen, die aus rechtsstaatlichen (oder eher linksstaatlichen, weil eindeutig staatszersetzenden) Gründen nicht umzusetzen sind, endlich für ungültig erklären! Die Guillotine gehört auf die Müllkippe – endgültig.»

Den generell verbesserten Schutz von Kindern als Guillotinen-Strafe für mehr oder weniger gefährliche Täter, die erwiesenermassen irreversible Schäden anrichten können, hinzustellen, ist wohl die Perversion des Begriffs der Verhältnismässigkeit.

Aber wenn es um die ethische Zersetzung der Selbstbestimmung und der direkten Demokratie, die weitgehend erst überhaupt einen humanistischen Rechtsstaat ermöglicht, geht, fallen buchstäblich alle Hemmungen wie unter dem Fallbeil der Guillotine! Das ist dann die Strafe für das «Unding von Volkswille»! Ich habe schon öfter daran erinnert: – Hiess es früher einmal «Hütet euch am Morgarten», so muss es zunehmend und täglich heute heissen: «Hütet euch vor der gefährlichen Mischung aus Dummheit und Arroganz!»

Alexander Steinacher, Thalwil

Asylpolitik überbordert immer mehr

Fortsetzung von Seite 3

natürlich zulasten der Steuerzahler.

Das ganze Asylwesen, inklusive Integrations- und Sozialhilfekosten, verschlingt schon jetzt jährlich eine halbe Milliarde Franken. Bund, Kantone und Gemeinden knausern jedes Jahr mehr beim eigenen Volk, nur beim Asylwesen wird nicht gespart.

Haben unsere Bundesräte nicht in erster Linie die Aufgabe, für das Schweizer Volk zu sorgen, bevor Millionen von Franken für Migranten ausgegeben werden? **300'000 AHV-Rentner und IV-Bezüger müssen vom Existenzminimum leben.** Die Schweiz ist zu attraktiv für Asylanter und ist deshalb eines der beliebtesten Länder für die Einwanderung. **Seit die Migrationsbehörde Dienstverweigerer aus Eritrea wieder anerkennt, hat**

sich die Zahl der jungen eingereisten Eritreer verdoppelt.

Die Anerkennungsquote aller Asylanträge ist auf 70% gestiegen und der Rest der Asylbewerber wird vorläufig aufgenommen.

Migranten werden zu Sozialhilfeempfängern

Nachdem die Flüchtlinge eine Aufenthaltserlaubnis erhalten haben, sollten sie eine Arbeit suchen und sich selbst ernähren können. Leider zeigt es sich, dass der Grossteil sozialhilfeabhängig wird und das Budget der jeweiligen Gemeinden stark belastet. Der Bundesrat hat erstmals auf Anfrage Zahlen zu den Sozialhilfequoten von anerkannten Flüchtlingen und vorläufig Aufgenommenen veröffentlicht: **Aus Eritrea 91%, aus der Türkei 89%, aus Syrien 87%, aus dem Iran 84%, aus Sri Lanka 75%.** Eine Kostenexplosion ist wegen der steigenden Asylgesuche in nächster Zeit zu erwarten, mo-

mentan warten 47'241 Asylbewerber auf einen Entscheid, davon 9865 aus Eritrea, 6971 aus Syrien, 4141 aus Afghanistan und 3966 aus Somalia. Die Schweizer Demokraten (SD) stellen deshalb folgende Forderungen:

Eine restriktive Asylpolitik soll konsequent durchgesetzt werden, abgewiesene Asylbewerber müssen ausreisen und notfalls in ihre Heimatländer zurückgeschafft werden. Nur Flüchtlinge, die wirklich an Leib und Leben bedroht sind, sollen Aufnahme finden.

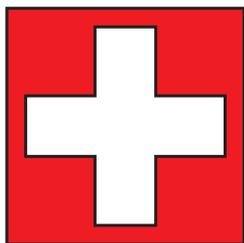
Die neuen Bundeszentren sollen geschlossene Asylzentren werden, damit Wirtschaftsflüchtlinge nicht untertauchen können, sondern ausreisen müssen. Echte Flüchtlinge nehmen die drei Monate Wartezeit in geschlossenen Zentren in Kauf, auf Wirtschaftsflüchtlinge wirkt das dagegen abschreckend. **Nur anerkannte Flüchtlinge sollen in die Kantone verteilt werden.**

Vorläufig Aufgenommene sollen nicht einfach automatisch jahrelang mit Sozialhilfegeldern unterstützt werden. Es soll abgeklärt werden, ob die Umstände in ihren Heimatländern eine Rückkehr erlauben.

Es müssen dringend Massnahmen getroffen werden wie vermehrte Hilfe vor Ort, Bekämpfung der Schlepper, Verstärkung der Grenzkorps und Wiedereinführung der Grenzkontrollen, auch gegen den Willen der EU, um illegale Einwanderer gleich an der Grenze zurückzuweisen.

Diese Völkerwanderung kann unser kleines, dicht besiedeltes Land nicht verkraften. Sie muss gestoppt werden, zum Schutze unserer Bevölkerung und zur Schaffung einer lebenswerten Zukunft für unsere Nachkommen.

Margrit Neukomm,
Mitglied Parteileitung der
SD Schweiz,
Bern



1.-August-Feier 2015 der Schweizer Demokraten



**Die diesjährige 1.-August-Feier findet statt im
Saal Säntispark (1. Stock), Wiesenbachstrasse 5, Abtwil (SG)**

Programm:

- ab 10.00 Uhr **Apéro auf der Terrasse, offeriert von der SD Kanton St. Gallen**
 10.30 Uhr **Musikalischer Auftakt mit dem Handorgelduo Knupp-Steingruber**
 10.35 Uhr **Gemeinsames Singen der Nationalhymne «Rufst Du mein Vaterland»**
Begrüssung und Programmführung durch Roland Uhler, Präsident SD St. Gallen, St. Gallen
- 10.45 Uhr **Referat von Christoph Spiess zum Thema «Die Schweiz in einem veränderten Umfeld»**
 12.15 Uhr **Mittagessen – Menüwahl siehe unten**
 13.30 Uhr **Begrüssung und Kurzansprache in französischer Sprache durch Michel Dupont, 1. Zentralvizepräsident, Pully**
 14.00 Uhr **Hauptansprache zum Nationalfeiertag. Referent: Adrian Pulver, SD-Zentralsekretär, Bern**
- 15.15 Uhr **Gemeinsames Singen der Nationalhymne «Trittst im Morgenrot daher»**
- ca. 15.30 Uhr **Ende der Veranstaltung**

Wichtig: Aus organisatorischen Gründen ist eine Anmeldung erwünscht.
Dieser Anlass wird bei jeder Witterung durchgeführt.

Anfahrt: Die Anreise **mit dem Zug** ist problemlos. Ab Bern, Zürich, Basel oder Luzern bis St. Gallen Hauptbahnhof, dann umsteigen auf die Buslinie 7 (angeschrieben mit Abtwil – direkt vor dem Bahnhof) bis Abtwil (Station Säntispark). Die Fahrzeit dauert etwa 20 Minuten. Danach von der Haltestelle zu Fuss Richtung Bäder respektive Restaurant. Der Saal ist im 1. Stock (mit dem Lift oder über die Treppe zu erreichen).

Mit dem Auto von Bern, Zürich, Basel oder Luzern die Ausfahrt St. Gallen-Winkeln benützen. Danach bis nach Abtwil zum Säntispark (Tiefgarage). Von der Tiefgarage beim Säntispark Richtung Bäder respektive Restaurant.

Für dringende Rückfragen zur SD-Feier: Telefon 031 974 20 10 (Zentralsekretariat), 076 416 17 00 (Natel Roland Uhler, Präsident SD St. Gallen, jeweils abends) oder 078 720 71 11 (Natel Evelyn Küffer).

----- 

Ich/Wir nehmen an der 1.-August-Feier teil: (Ja/Nein) Anzahl Personen: _____

Vorname: _____ Nachname: _____

Adresse: _____

Menüauswahl: (Bitte Anzahl angeben)**Vorspeise**

- Bündner Gerstensuppe Fr. 10.50
 oder
 Gemischter Salat Fr. 7.50

Hauptgang

- Gerolltes Appenzeller Cordon bleu
 mit Pommes frites und Saison Gemüse Fr. 28.00
 Schweizer Rindsfilet an Pfeffersauce
 mit Kartoffelgratin und Gemüse Fr. 34.00
 Appenzeller Chässpätzli mit Röstzwiebeln
 und Apfelmus (vegetarisch) Fr. 16.50

Dessert

- Trilogie vom Sorbet mit frischen Früchten Fr. 7.50
 oder
 Schweizer Dampfnudeln mit Vanillesauce
 und Schokolade Fr. 8.00

Ort und Datum: _____ Unterschrift: _____

**Bitte stellen Sie den ausgefüllten Talon per Post an SD, Sektion St. Gallen, Postfach 2011, 9001 St. Gallen oder
per E-Mail an roland.uhler@gmx.ch zu.**

Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich – nur die Ausländer sind etwas gleicher

Seit Jahrzehnten stelle ich fest, dass nicht nur unsere Medien, sondern sogar die Gerichte Einwohner der Schweiz ganz offensichtlich ungleich behandeln. Mir fällt sehr oft auf, dass Tageszeitungen im Titel gross schreiben «Schweizer wegen Raub (oder Mord, Raubmord, Autorowdy usw.) verurteilt». Und andere Titel lauten lediglich «Mann wegen... vor Gericht».

Mann kann jede Wette eingehen, dass es sich im zweiten Fall um einen Ausländer handelt.

Die Begründung über diese ungleiche – ja regelrecht diskriminierende – Behandlung von Schweizern habe ich auch schon gelesen. Da hiess es doch tatsächlich, man wolle die Ausländerfeindlichkeit nicht noch dadurch schüren, dass man erwähnt, der oder die Täter seien Ausländer.

Dass dadurch die Ausländerfeindlichkeit geradezu geschürt wird, merken diese Schreiberlinge (um mich sehr höflich auszudrücken) offenbar nicht.

Oder sie halten ihre Leser für sehr dumm, wenn sie meinen, diese würden den «feinen» Unterschied nicht merken. Aber eben, man sollte nie von sich auf andere schliessen. Hier und da hört man sogar von Gerichtsurteilen, wo es in etwa heisst «Strafmildernd wurde berücksichtigt, dass im Herkunftsland des Täters eben andere Sitten und Gebräuche herrschen» oder «Der Täter war sich nicht bewusst, dass in der Schweiz seine Taten strafbar sind», also eine klare Diskriminierung von Schweizerinnen und Schweizern.

Dass sich die Schweizer durch solche Diskriminierung – selbst von Gerichten – ver... (der Rest des Wortes ist nicht salonfähig) fühlen müssen, verwundert wohl niemanden, nur die Medien und Gerichte merken es offenbar nicht.

Hier nur ein einziges Beispiel aus neuester Zeit, wo diese Diskriminierung von Schweizerinnen und Schweizern besonders krass dokumentiert ist (aus den jeweiligen Artikeln werden aus Platzgründen jeweils nur die wichtigsten Punkte erwähnt): «Wer nicht hören will, muss zahlen.» Im Untertitel «Bad Zurzach: Ein 34-Jähriger fuhr trotz Fahrausweisentzug weiter Auto – das wird teuer. Mehmet (Na-



Ausländische Bürger werden offenbar in bestimmten Fällen milder bestraft als Schweizer.

me geändert), verheiratet, Vater einer kleinen Tochter sowie eines elfjährigen, ausserehelichen Kindes... (Bemerkung des Redaktors: Immerhin wird hier mit Nennung des Namen «Mehmet» bereits im ersten Satz des Artikels angedeutet, dass der Täter kein Schweizer ist).

Auszug über «Tätigkeiten» von Mehmet

- Im Dezember 2008: Entzug des Fahrausweises für drei Monate wegen zu schnellen Fahrens.
- Im April 2011: Entzug des Fahrausweises für 12 Monate wegen massiv übersetzter Geschwindigkeit im Auto (Bemerkung des Redaktors: Das muss aber eine sehr hohe Überschreitung gewesen sein!)
- Anfang 2013: Ein drittes Mal we-

gen «Bleifuss» erwischt. Diesmal Entzug des Fahrausweises auf unbestimmte Zeit, mindestens aber für zwei Jahre.

Was tut der «schlaue» Mann? Er zügelt einfach mit Frau und Kind über die Grenze und erwirbt im September 2013 in Deutschland einen Führerschein.

Im März 2014 wird er beim Zollamt Koblenz (AG) erwischt, diesmal «nur» wegen «Führens eines Motorfahrzeugs trotz Entzug des Ausweises» (logisch – am Zoll konnte er ja keine übersetzte Geschwindigkeit haben).

Diesmal beantragt der Staatsanwalt, angesichts von Mehmet's Vorstrafen, eine unbedingte Geldstrafe von 7500 Franken. **Die vorherigen**

drei Vorstrafen waren also offenbar immer nur auf Bewährung ausgesprochen worden!!! Auf die oberfaulen Ausreden von Mehmet will ich hier nicht eingehen – ausser den Richtern in der «humanen» Schweiz kennt jeder normale Mensch solche Ausreden zur Genüge.

Die Ausländer im Allgemeinen und die Asylbewerber im Besonderen haben schon längst bemerkt, dass man bei uns selbst die dümmsten Märchen glaubt.

Der Einzelrichter verurteilte den x-fachen Wiederholungstäter zu einer Strafe von 6000 Franken.

Schlussbemerkung des Redaktors

Wie kann sich ein (wahrscheinlicher) Asylant ein Auto leisten? Woher «nimmt» er das Geld für alle diese Verfahren (wobei ich das Wort «nimmt» bewusst in Anführungs- und Schlusszeichen gesetzt habe)? Glaubst irgendjemand, dass dieser Typ die 6000 Franken jemals bezahlen wird? Und schliesslich: Ich bezweifle sehr, dass jemand bei uns, der das «Pech» hat, ein Schweizer zu sein, ebenfalls mit solch superweichen Samthandschuhen angefasst würde. Da überlegt man sich wirklich, ob man nicht auswandern will, um dann als «verfolgter Asylant» wieder zurückzukommen – man hat dann für den Rest seines Lebens ausgesorgt und kann wie die Made im Speck seinen Lebensabend verbringen.

*Dr. Dragan Najman,
e. Grossrat, Baden*



Kanton Bern



Berner Stimmvolk sagt Ja zum Partizipationsreglement: Ein Sonderrecht wurde geschaffen

Die Schweizer Demokraten (SD) der Stadt Bern respektieren und bedauern zugleich die Annahme des Partizipationsreglements, wobei sich einmal mehr der Stadtteil Bümpliz/Bethlehem gegenteilig entschloss. Gerade in diesen Quartieren, welche über die höchsten Ausländeranteile innerhalb des Stadtgebietes verfügen, goutiert man offenbar keine politischen Sonderrechte. Wenig erstaunlich und in höchstem Masse unver-schämt sind jedoch die unmittelbar nach der Verkündung des Ab-



Nach dem politischen Sonderrecht für Ausländer fordern rot-grüne Kreise bereits in unverschämter Weise ein kommunales Ausländerstimmrecht.

stimmungsergebnisses geäusserten rot-grünen Forderungen nach einem kommunalen Ausländerstimmrecht. **Es wurde stets beteuert, dass dies nicht Gegenstand der Vorlage sei.**

Bezüglich Ausländermotion verlangen die SD nun die Einführung einer sogenannten identischen Volksmotion für Schweizer Bürger.

*Adrian Pulver,
Präsident SD Stadt Bern, Bern*

Asile: l'Armée doit renforcer le Corps des gardes-frontière

Il y a urgence. Cela fait des décennies que les Démocrates Suisses (DS) le répètent: la souveraineté, la sécurité, l'équilibre social et la prospérité de la Suisse sont mis en danger par les mouvements migratoires, surtout par l'afflux de requérants d'asile. Au début des années 1980, presque personne – en particulier pas l'UDC, étant rappelé que la Lega et le MCG n'existaient pas même encore à l'époque – n'avait mesuré les risques qu'impliquait la nouvelle loi laxiste entrée en vigueur le 1er janvier 1981. **Nous avons été les premiers à tirer la sonnette d'alarme. Les faits nous donnent raison depuis longtemps.**

Car la situation actuelle est d'une gravité exceptionnelle. Le Conseil fédéral le relève lui-même: «*Ces derniers jours, le Corps des gardes-frontière a intercepté un nombre exceptionnellement élevé de personnes à la frontière sud qui séjourneraient sans autorisation en Suisse. De même, le centre d'enregistrement et de procédure de Chiasso a enregistré près de 350 nouveaux requérants d'asile durant le week-end dernier, ce qui provoque des goulots d'étranglement en matière d'hébergement*» (communiqué du 16 juin 2015).

Dans un contexte aussi tendu, la décision prise en mars 2015 par le Conseil fédéral d'accueillir 3000 personnes au maximum en provenance de Syrie sur une période de trois ans, dont 1000 en 2015 déjà, est absolument injustifiable.

D'autant que de nombreux Syriens ont d'ores et déjà été accueillis en Suisse pour y être installés.

Que s'est-il passé? Depuis des décennies, des migrants venus notamment des Balkans ou du Sri Lanka s'installent encore et toujours chez nous, **appâtés par les perspectives de gain et favorisés par l'argent envoyé par leur diaspora ayant réussi à s'incruster en Suisse.** Ce qui est nouveau, depuis le début des années 2010 en tout cas, c'est la facilité avec laquelle les populations du Sud du Bassin méditerranéen et du Moyen-Orient arrivent chez nous.

Le crime organisé a le contrôle des flux migratoires du sud vers le nord de la Méditerranée. Sur la base des chiffres des premiers mois, l'année 2015 battra tous les records (espérons voir un jour des mouvements aussi massifs en sens inverse).

Ces requérants accostent en Italie (à Lampedusa), parfois en Grèce ou dans d'autres pays méditerranéens, mais ne s'y attardent pas. Car ils préfèrent migrer vers le nord. Là où il y a le plus à gagner. Notamment vers la Suisse, même si le Royaume-Uni, la Suède, la Norvège ou l'Allemagne font aussi l'objet de convoitises.

On parle beaucoup du fait que les Etats européens du sud laissent les migrants traverser leur territoire, le plus vite étant le mieux, et refusent souvent de les reprendre.

Pourtant, la convention de Dublin (devenue «règlement Dublin II», puis «règlement Dublin III») consacre le principe dit du «pays de premier asile»: le premier Etat de l'Espace Dublin sur le territoire duquel a séjourné le requérant (donc celui dans lequel il est arrivé, le plus souvent illégalement) doit en principe traiter la demande d'asile; le requérant ne peut présenter de demande dans un autre pays de l'Espace Dublin, ce qui évite en principe les demandes d'asile multiples («*asylum shopping*»); **Dublin III ajoute que les Etats de l'Espace Dublin responsables de l'examen d'une demande d'asile sont tenus de mener à terme la procédure d'asile, même en cas de disparition temporaire du requérant.**¹⁾

La réticence de la Suisse à appliquer et à faire appliquer par nos partenaires les principes de Schengen et Dublin est d'autant plus surprenante que, le 12 juin dernier, le Conseil fédéral a approuvé la mise en vigueur de plusieurs modifications de la loi sur l'asile et de la loi sur les étrangers pour intégrer dans le droit national les règlements Dublin III et Eurodac (banque de données centrale des empreintes digitales des requérants);



L'Exécutif fédéral a précisé que «*[I] Le règlement Dublin III et le système Eurodac révisé entreront en vigueur dans leur intégralité cet été*», soit le 1er juillet 2015 (communiqué du 12 juin 2016).

En outre, une (nouvelle) adaptation de la loi sur l'asile permettra simultanément de ne pas entrer en matière sur une demande et d'exécuter le renvoi directement à destination du pays d'origine ou de provenance lorsqu'un requérant a déjà fait l'objet d'une décision en matière d'asile et de renvoi prononcée par un Etat de l'Espace Dublin. Il s'agit d'un nouveau renforcement de la législation. Un de plus, faisant suite à une douzaine d'autres depuis 1981.

Sur le papier, tout semble donc en ordre. Encore faut-il que ces (apparents) renforcements des règles sur l'asile ne restent pas lettre morte. Puisque l'Italie n'est pas pressée de reprendre les requérants qui ont débarqué sur son territoire avant de franchir une autre frontière terrestre. **Pourtant, le droit international l'oblige à traiter ces demandes d'asile. De même pour la Grèce.** La position italienne est absurde, car les migrants arrivés au Tessin n'atterrissent pas en parachute, à notre connaissance du moins, mais viennent du sud.

Faute de pouvoir refouler vers l'Italie tous les requérants ayant franchi la frontière à Chiasso, nous devons éviter qu'ils n'entrent sur notre territoire. Pour cela, la frontière doit être surveillée.

C'est là que le bât blesse. **Puisque cela implique de renforcer le Corps des gardes-frontière.** Le

programme de notre Parti (consultable sur notre site) le demande expressément à son chiffre 1.7. Ce programme adopté en 2013, le 23 mars exactement, reflète notre politique menée depuis des décennies. La récente décision de renforcer le Corps des gardes-frontière au Tessin en dégarnissant temporairement notre frontière nord n'est qu'un pis-aller risqué. **Car le crime organisé aura tôt fait de faire affluer les migrants depuis l'Allemagne, sans parler des trafiquants de drogue et autres criminels.** On tourne en rond.

Faute de pouvoir recruter des gardes-frontière en nombre suffisant à bref délai, il n'y a pas d'autre choix que d'engager l'armée à la frontière tessinoise.

Et d'affirmer ainsi notre indépendance en cette année si importante de jubilé du Morgarten. Quitte à suspendre l'application de la convention de Schengen. Puisque la gravité de la situation le justifie. Toute économie ou atermolement dans ce domaine relève de la mesquinerie la plus étriquée. Ces économies de bouts de chandelle coûtent cher et coûteront plus cher encore à l'avenir.

*Adrian Pulver,
Secrétaire central, Berne*

Plus précisément: 807 Erythréens ont déposé une demande d'asile en Suisse en mai 2015, soit 575 de plus qu'au mois précédent. Outre l'Erythrée, ont fait partie des principaux pays de provenance des requérants d'asile la Somalie (179 demandes), le Sri Lanka (141 demandes), l'Afghanistan (110 demandes), la Syrie (105 demandes), la Chine (73 demandes), le Nigéria (69 demandes), l'Ethiopie (65 demandes), la Gambie (53 demandes) et l'Albanie (39 demandes).

¹⁾ Les accords de Schengen-Dublin (qui sont indissociables) ont été acceptés en votation populaire le 5 juin 2005, confirmée le 17 mai 2009 («*développement de l'acquis de Schengen*» en matière de documents d'identité). Notre Parti était (et reste) dans le camp du NON, vu les problèmes de sécurité engendrés par la convention de Schengen. Indépendamment de notre position, il est toutefois aberrant que les forces politiques ayant approuvé l'entrée dans l'Espace Schengen-Dublin (donc tous les Partis gouvernementaux sauf l'UDC) ne soient pas les premières à demander maintenant une application rigoureuse du principe du pays de premier asile, y compris à l'égard de l'Italie.

Offizielles Organ der
Schweizer
Demokraten **SD** 

SD-Zentralsekretariat
Postfach 8116, 3001 Bern
Telefon 031 974 20 10
Telefax 031 974 20 11
Postkonto 80-2270-0
(Zentralkasse Killwangen)
www.schweizer-demokraten.ch
schweizer-demokraten@bluewin.ch

Redaktion
Schweizer Demokrat
Postfach 8116
3001 Bern

Redaktoren:
Adrian Pulver,
SD-Geschäftsführer, Bern (CR)
Rudolf Keller, e. Nationalrat /
e. Landrat, Frenkendorf
Dr. D. J. Najman, e. Grossrat, Baden
Valentin J. Oehen, e. Nationalrat,
Nottwil
Margrit Neukomm, Bern

Luxemburg sagt Nein zum Ausländerwahlrecht: Bekenntnis zur Nation

Die Schweizer Demokraten (SD) nehmen die Ablehnung eines nationalen Wahlrechts für Ausländer durch das Luxemburger Stimmvolk mit Freude zur Kenntnis.

Der Entscheid fiel mit 78% Nein-Stimmen äusserst deutlich aus, was ein wichtiges Zeichen zugunsten der eigenen Identität ist, zumal das Land mit ca. 46% über den höchsten Ausländeranteil der gesamten EU verfügt.

Ansonsten hätte das multikulturelle Luxemburg seine Existenz als Nationalstaat mittelfristig vollends beerdigt.

Des Weiteren bekräftigt das Ergebnis in indirektem Sinne die momentan vorherrschende erfreuliche Tendenz zu einem Europa der



Das masslos überfremdete Luxemburg (Bild: Stadt Luxemburg) wehrt sich doch noch für seine Identität.

Vaterländer und stellt somit auch eine Fortsetzung der Wahlergebnisse für das Europaparlament dar. Bereits heute müssen die EU-Länder gemäss dem Vertrag von Maas-

tricht sämtlichen Unionsbürgern das Wahlrecht auf kommunaler Ebene gewähren.

Adrian Pulver,
SD-Zentralsekretär, Bern

**Stärken Sie die
Schweizer Demokraten
durch Ihre Mitgliedschaft!**

Abonnement
SCHWEIZER DEMOKRAT
PC 80-2270-0, Zentralkasse Zürich

pro Mitgliederjahr Fr. 45.–
(für Mitglieder obligatorisch)

- Ich möchte Mitglied der Schweizer Demokraten (SD) werden!
- Nur Zeitungsabonnement
- Nur Adressänderung
- Ex. SD-Zeitungen zum Verteilen

Name: _____

Vorname: _____

Beruf: _____ Jahrgang: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Wohnort: _____

E-Mail: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

Schweizer Demokraten (SD),
Postfach 8116, 3001 Bern
schweizer-demokraten@bluewin.ch

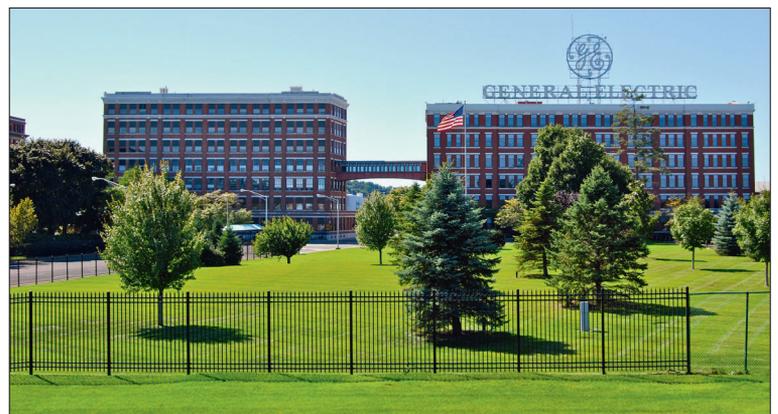
Anmerkungen zu vergangenen Artikeln

Ich möchte mich an dieser Stelle zu zwei Texten, die in der Ausgabe Nr. 5/6 des «Schweizer Demokrat» erschienen sind, entsprechend äussern. Dabei handelt es sich um die Artikel «Völkerrecht erstickt unsere Freiheit» von Christoph Spiess und «EU-Rahmenvertrag gefährdet Selbstbestimmung» von Margrit Neukomm.

Es ist lange her, dass ich ebenso zutreffende Artikel wie die oben genannten irgendwo gelesen habe. Christoph Spiess und Margrit Neukomm sprechen Probleme für unser Land an, die von grösster Dringlichkeit und Wichtigkeit sind. Die zentralen Fragen aber lauten:

- Ist unser Bundesrat in seiner Mehrheit eine Gruppe von Duckmäusern oder sogar von Landesverrätern?
- Was ist mit der Mehrheit der Bundesversammlung los, welche solches Tun nicht sanktioniert?

Es besteht kein Zweifel, dass wir mit der gegenwärtigen, politischen Führung unseres Landes in ein Vasallendasein der Hegemonialmacht USA und ihres Statthalters – der Brüsseler Beamtenmacht abrutschen und dies in einem überbevölkerten und übernutzten Lebensraum ohne Qualität und Lebenssicherheit.



Internationale Konzerne wie General Electric (Bild: Firmenhauptsitz) beherrschen immer mehr die gesamte Weltpolitik.

Die nächsten Schritte, die uns drohen

- die konsequente Missachtung von Volksentscheiden;
- die Opferung einer leistungsfähigen Landwirtschaft zu Gunsten der Konzerne;
- die massive Einschränkung, ja das Verbot des Bargeldverkehrs;
- die Aufgabe der Intimsphäre der Bürger;
- die Ruinierung der Familienstrukturen;
- die Auspowerung unserer Banken durch eine sich allmächtig gebärdende US-Justiz.

Mein Appell geht an alle Führungsgremien unserer Partei

- Zeigt überall Flagge für eine selbstständige, freie Schweiz;
- Kämpft für eine politische Füh-

rung (Bundesrat und Parlament), welche bedingungslos die Interessen der freien Schweiz verteidigt;

- Stellt euch gegen das Grosskapital, die internationalen Konzerne, die unser Volk in eine Knechtschaft-Rolle drängen wollen!

Valentin Oehen,
e. Nationalrat, Nottwil

SD 
Schweizer Demokraten